

Abg. Albrecht regte an, in dem Abfallwirtschaftskonzept auch den in der letzten Sitzung am 15.11.2013 durch die RSAG vorgestellten Plan, Container zur Sammlung von Elektro-Kleinteilen aufzustellen, aufzunehmen.

Frau Decking erklärte, dass dieses Vorhaben deshalb nicht in das Abfallwirtschaftskonzept aufgenommen worden sei, weil es sich um einen Versuch handle, der sich möglicherweise als nicht praktikabel herausstellen könne.

SkB Schön hob die positive Entwicklung hervor, dass immer mehr Abfälle einer Verwertung zugeführt würden. Er äußerte den Wunsch, die Bürger intensiver über mögliche Verwertungswege zu informieren. So könnten gut erhaltene Sachen z. B. bei der Nachbarschaftshilfe in Sankt Augustin abgegeben werden, anstatt sie über den Sperrmüll zu entsorgen. Er bat darum, die Möglichkeit zu prüfen, durch die RSAG gut erhaltene, verwertbare Dinge einsammeln zu lassen.

SkB Schön hielt es für unrealistisch, dass die angegebenen Stoffströme, die der Verwertung zugeführt würden, dort zu 100 % angelangten. Er bezweifelte beispielsweise, dass die in der Grafik 1 benannte Menge der gesammelten Leichtverpackungen inklusive Sortierresten tatsächlich in gleicher Menge der Verwertung zugeführt würden. Er bat darum, diese Sortierreste, die im Endeffekt entweder auch verwertet oder aber verbrannt würden, gesondert zu erfassen.

SkB Dr. Boehm stellte die Frage, ob z. B. Kork und Styropor durch gezielte Sammlung einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden könnten.

Frau Decking stellte klar, dass jede weitere gesonderte Sammlung verwertbarer Stoffe unweigerlich mit höheren Kosten einhergehe. Grundsätzlich könne eine solche Leistung erbracht werden; allerdings müssten dann zur Deckung der zusätzlich anfallenden Kosten die Abfallgebühren entsprechend erhöht werden. Eine Kostendeckung allein aus den Erlösen der Verwertung reiche hierzu nicht aus. Allerdings würden Stoffe wie Kork und Styropor derzeit an den Annahmestellen getrennt entgegen genommen.

Frau Decking gab zu bedenken, dass es aus Kostengründen nicht zu vertreten sei, die Mitarbeiter der RSAG den Sperrmüll nach verwertbaren Gegenständen durchforsten zu lassen. Die RSAG kooperiere mit Einrichtungen wie der Nachbarschaftshilfe in Sankt Augustin. Auf der Internetseite der RSAG werde auch auf diese alternative Möglichkeit der Entsorgung hingewiesen. Frau Decking bot an, diese Hinweise noch zu verstärken. Von einer Sammlung vor Ort riet sie ausdrücklich ab, da eine solche zu teuer sei.

Zu den Sortierresten bei den Leichtverpackungen erklärte Frau Decking, dass diese in der Tat verbrannt würden. Jedoch handle es sich hierbei um eine energetische Verwertung. Deshalb seien in der Grafik die Sortierreste in Verbindung mit den Leichtverpackungen dem Verwertungsweg zugeordnet dargestellt.

Abg. Albrecht wies darauf hin, dass im Anhang 1 zum Abfallwirtschaftskonzept (S. 59 der Einladung) fälschlicherweise noch von der RSAG als Mehrheitsgesellschafterin an der KRS – KompostWerke Rhein-Sieg GmbH & Co. KG die Rede sei. Da die RSAG seit 30.06.2013 alleinige Gesellschafterin der KRS sei, müssten die Ausführung hierzu entsprechend geändert werden.

(Anmerkung der Verwaltung: Das Abfallwirtschaftskonzept ist in einer entsprechend geänderten

Fassung dem Kreisausschuss vorgelegt worden.)

Ferner regte Abg. Albrecht an, verstärkt darauf hinzuweisen, dass Energiesparlampen aufgrund ihres Quecksilbergehaltes als Sondermüll dem Schadstoffmobil zuzuführen seien und nicht dem Elektro-Kleinteile-Mobil oder gar dem Restmüll.

Vorsitzender Abg. Smielick begrüßte diese Anregung. Es sei sicherlich sinnvoll, die Bürger gerade über solche Besonderheiten engmaschiger zu informieren.

Abg. Dr. Fleck fragte nach, ob es rechtlich in Ordnung sei, dass vor den Abholterminen Dritte aus dem zur Abholung bereitgestellten Sperrmüll verwertbare Gegenstände herausholten.

Frau Decking antwortete hierauf, dass es sich nicht um herrenlose Sachen handele. Vielmehr könne unterstellt werden, dass das Eigentum in dem Moment der Bereitstellung zur Abholung auf die RSAG übergehe. Demnach handele es sich um Diebstahl, wenn Dritte aus dem Sperrmüll Gegenstände mitnähmen. Allerdings könne im Einzelfall nicht bewiesen werden, dass der bisherige Eigentümer seinen Sperrmüll ausschließlich der RSAG zur Abholung und Verwertung zur Verfügung habe stellen wollen. Bei den Elektrogeräten habe die RSAG in der Vergangenheit Strafanzeigen gestellt; allerdings seien diese Verfahren von der Polizei nicht weiter verfolgt worden. Es würden nun Aufkleber verteilt mit der Aufschrift „Eigentum der RSAG“, die auf die zu entsorgenden Elektrogeräte geklebt würden. Dies könne jedoch beim Sperrmüll aufgrund der Mengen nicht in gleicher Weise praktiziert werden.

SkB Schön formulierte seine vorhergegangenen Bitten und Anregungen nunmehr als Anträge zur Geschäftsordnung.

SkB Schön beantragte, dass die Grafik zum Abfallwirtschaftskonzept dahingehend geändert wird, dass die Sortierreste gesondert erfasst werden.

Vorsitzender Abg. Smielick rief hierzu zur Abstimmung auf:

B.-Nr.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz lehnt eine Änderung der Grafik zum Abfallwirtschaftskonzept in Form einer gesonderten Erfassung der Sortierreste ab.

Abstimmungsergebnis: MB ./ LINKE

SkB Schön beantragte, dass die Verwaltung beauftragt wird, Alternativmodelle zur Sperrmüllsammlung zu prüfen.

Vorsitzender Abg. Smielick rief hierzu zur Abstimmung auf:

B.-Nr.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz lehnt die Beauftragung der Verwaltung zur Prüfung von Alternativmodellen zur Sperrmüllsammlung ab.

Abstimmungsergebnis: MB ./ LINKE, 1 FDP; 4 E.

Abg. Geske richtete an Frau Decking die Bitte, die Internetseite der RSAG dahingehend zu ergänzen, dass möglichst alle Einrichtungen, die gebrauchte Sachen annähmen, dort aufgelistet seien. Dadurch solle für alle Bürger des Rhein-Sieg-Kreises eine gut erreichbare Möglichkeit

einer alternativen Entsorgung brauchbarer Gegenstände gewährleistet werden.

An SkB Schön richtete Abg. Geske den Hinweis, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz seinerzeit beschlossen habe, die Gebührenbelastung für die Bürger möglichst konstant zu halten. Dies sei bei der Überlegung hinsichtlich kostenintensiver zusätzlicher Abfahren zu bedenken.

Sodann rief Vorsitzender Abg. Smielick zur Abstimmung auf.